

Polizei rüstet sich für den Nato-Gipfel

Mehr als 10 000 Beamte in Kehl

STUTTGART (BZ/dpa). Erst in acht Monaten findet in Kehl und Straßburg der Nato-Gipfel statt. Doch längst schon bereitet sich die Polizei auf dieses Ereignis vor — es wird für sie der größte Einsatz seit Bestehen des Landes. "Wir werden die Unterstützung der anderen Bundesländer brauchen", sagt Landespolizeipräsident Erwin Hetger. Vermutlich mehr als 10 000 Polizisten sollen sich um die Sicherheit aller Beteiligten kümmern. Zum Vergleich: Im Bereich der Polizeidirektion Offenburg arbeiten 700 Beamte.

Anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Militärbündnisses kommen am 3. und 4. April 2009 die Staats- und Regierungschefs sowie die Außen- und Verteidigungsminister der 26 Nato-Staaten zusammen, begleitet von Regierungsbeamten. In Kehl werden sie sich am 3. April zum Abendessen treffen — die Beratungen finden anderntags in Straßburg statt.

Erwartet werden rund 3500 Teilnehmer und 3000 Medienvertreter. Mit Blick auf mögliche gewaltsame Proteste oder die Gefahr von Anschlägen sagt Hetger: "Wir sind gut vorbereitet und arbeiten eng mit den französischen Kollegen zusammen." Die Kooperation über die deutsch-französische Grenze hinweg sei schon bei der Fußballweltmeisterschaft vor zwei Jahren gelungen: "Unsere Philosophie hat übereingestimmt."

Große politische Symbolkraft bedeutet auch große Gefährdung

Der Einsatz werde von der Landespolizeidirektion Freiburg geleitet, wo bereits ein 20-köpfiger Planungsstab eingerichtet ist. Vorbereitungssteams sind bereits in Kehl unterwegs und notieren mögliche Problempunkte für die Gipfelsicherheit — wie Gullydeckel, Laternenmasten oder Gebäude. Die Polizeiführung konzentriert sich auf drei Schwerpunkte. Dazu gehört die Bedrohung durch islamistische Terroristen. "Dazu muss man nicht viel sagen. Der Gipfel hat eine hohe politische Symbolkraft", erläuterte Hetger.

Die Sicherheitskräfte bereiten sich zweitens auf gewalttätige Proteste vor: "Wir beobachten schon seit Wochen eine hohe Mobilisierung im links-autonomen Spektrum." Allerdings ist noch unklar, inwieweit Teile der Stadt Kehls abgesperrt werden. Schließlich werden auch Demonstrationen gewaltloser Gipfel-Gegner erwartet. Hetger: "Wir wollen dafür sorgen, dass die Bürger friedlich demonstrieren können." Für mögliche Camps von Gipfel-Gegnern strebt Hetger ein geordnetes Verfahren an: "Solche Lager müssen genehmigt werden. Es darf dort keine polizeifreien Räume geben."